

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

26. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 5. April 1973	Nummer 26
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
2377 611160	27. 2. 1973	RdErl. d. Innenministers Steuerbegünstigter Wohnungsbau; Anerkennungs- und Bescheinigungsverfahren	466

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
	Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	474

2377

611160

Steuerbegünstigter Wohnungsbau Anerkennungs- und Bescheinigungsverfahren

RdErl. d. Innenministers v. 27. 2. 1973 –
VI C 2 – 4.43 – 222/73

Zur Durchführung

der §§ 82, 83 und 93 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbaugesetz – II. WoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1965 (BGBl. I S. 1618), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1971 (BGBl. I S. 993),

des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c des Gesetzes über Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau vom 30. Mai 1953 (BGBl. I S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 945), und

der Verwaltungsanordnung über die Anerkennung steuerbegünstigter Wohnungen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz sowie über die Grundsteuervergünstigungen nach dem Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetz des Bundes (VA – II. WoBauG) in der Fassung vom 26. Mai 1967 (Beilage zum BAzn. Nr. 102 v. 6. 6. 1967; BStBl. 1967 I S. 250),

wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Justizminister folgendes bestimmt:

1 Antragstellung

1.1 Anträge auf Anerkennung von Wohnungen oder einzelnen Wohnräumen als steuerbegünstigt (§§ 82, 83, 99 Abs. 2 II. WoBauG) sind vom Bauherrn oder mit seiner Einwilligung von einem Dritten, der an der Anerkennung ein berechtigtes Interesse hat, nach dem Muster der Anlage 1 mit den darin aufgeführten Unterlagen bei der für den Bauort zuständigen Gemeinde- oder Amtsverwaltung (Anerkennungsbehörde) einzureichen.

1.2 Der Antragsteller hat sich im Antrag zu verpflichten, spätestens 3 Monate nach Bezugsfertigstellung der steuerbegünstigten Wohnung der Anerkennungsbehörde gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß die Voraussetzungen, die zur Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung geführt haben, auch tatsächlich vorliegen.

Der Antragsteller hat sich weiter zu verpflichten, auch nach dem vorgenannten Zeitpunkt eine Vergrößerung der Wohnfläche sowie eine Änderung der Nutzung der Wohnung zu anderen als Wohnzwecken und bei Familienheimen eine bestimmungswidrige Nutzung unverzüglich der Anerkennungsbehörde anzuzeigen.

1.3 Wird die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung bereits vor Erteilung der Baugenehmigung beantragt, ist anstelle der genehmigten Baupläne eine Bauzeichnung mit Vorprüfvermerk der Baugenehmigungsbehörde vorzulegen.

1.4 Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, weitere Unterlagen beizubringen.

2 Anerkennung

2.1 Anerkennungsbehörden

Anerkennungsbehörden sind nach § 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen vom 14. Januar 1969 (GV. NW. S. 103), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Februar 1972 (GV. NW. S. 28), – SGV. NW. 237 – die Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden.

2.2 Aufgaben der Anerkennungsbehörden

Die Anerkennungsbehörden prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung vorliegen. Dabei sind die Vorschriften der §§ 82 und 83 II. WoBauG, die übrigen die Begriffsbestimmungen betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes sowie die Vorschriften der §§ 42 bis 44 der Verordnung über Wohnungswirtschaftliche Berechnungen (Zweite Berechnungsverordnung – II. BV) und die Anordnungen der VA – II. WoBauG zu beachten.

Ferner prüfen die Anerkennungsbehörden, ob die Voraussetzungen für die Befreiung von den Gerichtsgebühren nach § 1 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau vorliegen. Diese Prüfung

erstreckt sich nur darauf, ob die Wohnfläche der öffentlich geförderten und als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen die sonstige Wohn- und Nutzfläche des Bauvorhabens übersteigt.

Die Aufgaben der Anerkennungsbehörden im steuerbegünstigten Wohnungsbau sind Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung (§ 3 Abs. 2 GO, § 25 WoBauFördNG).

2.3 Anerkennungsbescheid

Der Anerkennungsbescheid wird nach dem Muster der Anlage 2 erteilt. Die Anerkennungsbehörde übersendet dem für das Grundstück zuständigen Belegenheitsfinanzamt, dem zuständigen Grundbuchamt und dem zuständigen Gemeindesteuernamt eine Abschrift des Anerkennungsbescheides. Hat ein Dritter den Antrag gestellt (vgl. Nummer 1.1), wird der Anerkennungsbescheid ihm und dem Bauherrn erteilt.

2.4 Gebühren

Für die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung werden hren erhoben. Diese richten sich nach Tarifstelle 29.2 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 98/SGV. NW. 2011).

2.5 Zuständigkeit im Widerspruchsverfahren

2.51 Den in § 4 Nr. 1 der Verordnung über Zuständigkeiten im Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen genannten Behörden ist die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung einer Wohnung als steuerbegünstigt als weitere Aufgabe auf dem Gebiet des Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens übertragen worden. Diese Behörden entscheiden über Widersprüche gegen ihre Bescheide gemäß § 7 AG VwGO in Verbindung mit § 26 WoBauFördNG und § 73 Abs. 1 Nr. 2 VwGO selbst.

2.52 Über Widersprüche gegen die in § 4 Nr. 2 der Verordnung über Zuständigkeiten im Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen genannten Behörden entscheidet gemäß § 7 AG VwGO in Verbindung mit § 106 Abs. 2 GO und § 48 Abs. 1 KreisO der zuständige Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

2.6 Erteilung von Ausnahmen

2.61 Studentenzimmer

Die Anerkennungsbehörden werden gemäß § 82 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 6 II. WoBauG ermächtigt, bei der Anerkennung von Wohnungen in Familienheimen und von Eigentumswohnungen als steuerbegünstigt über die nach § 82 Abs. 1 II. WoBauG zulässige Wohnfläche hinaus die Wohnfläche einzelner Wohnräume, die an Studierende zum Gebrauch überlassen werden sollen (Studentenzimmer), als steuerbegünstigt anzuerkennen, sofern diese nach den „Bestimmungen über die Förderung der Wohnraumbeschaffung für Studierende“ in der jeweils geltenden Fassung mit öffentlichen oder nichtöffentlichen Mitteln gefördert worden sind.

2.62 Geringfügige Überschreitungen

Die Anerkennungsbehörden werden gemäß § 82 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 6 II. WoBauG ermächtigt, im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen geringfügige Überschreitungen der Wohnflächenobergrenzen bis zu 2 qm zuzulassen, wenn die Versagung der Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung in Anbetracht der gesamten Umstände eine unbillige Härte bedeuten würde und die Überschreitung ohne Verschulden des Bauherrn eingetreten ist (z. B. geringfügige Änderungen während der Bauzeit, Abweichungen von den Baumaßen, Berechnung der Wohnfläche nach den Fertigmaßen). Die Nummer 13 der Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1967 (WFB 1967 – SMBl. NW. 2370) ist nicht anzuwenden. Die Zulassung oder Versagung der Ausnahme ist in dem Anerkennungsbescheid zu begründen.

2.7 Bescheinigung für Wohnheime

Die Anerkennungsbehörden sind nach § 93 Abs. 1 Buchstabe c II. WoBauG auch zuständig für die Erteilung von

Anlage 2

Anlage 1

Bescheinigungen für Wohnheime über das Vorliegen der in § 15 II. WoBauG bestimmten Voraussetzungen. Der Inhalt der Bescheinigung ergibt sich aus der Nummer 12 VA – II. WoBauG. Die Anerkennungsbehörde übersendet dem für das Grundstück zuständigen Belegenheitsfinanzamt und dem zuständigen Gemeindesteueramt eine Abschrift der Bescheinigung.

2.8 Kontrolle und Widerruf

2.81 Verzeichnis

Die Anerkennungsbehörden führen zur Überprüfung der steuerbegünstigten Wohnungen ein Verzeichnis über die erteilten Anerkennungsbescheide nach dem Muster der Anlage 3 und tragen das Ergebnis der Überprüfung in das Verzeichnis ein.

2.82 Überprüfung

Die erste Überprüfung der erteilten Anerkennungsbescheide ist möglichst bald nach Bezugsfertigstellung der als steuerbegünstigt anerkannten Wohnung vorzunehmen, da erfahrungsgemäß Änderungen in der Wohnfläche und Nutzung in den meisten Fällen in der Zeit zwischen der Anerkennung und der Bezugsfertigstellung eintreten. Erfüllt die Wohnung die Voraussetzung für die Anerkennung als steuerbegünstigt, so ist dies auf dem in den Akten befindlichen Anerkennungsbescheid zu vermerken.

Die erste Überprüfung kann entfallen, wenn die Anerkennung als steuerbegünstigt erst nach Bezugsfertigstellung der Wohnung ausgesprochen wird.

Innerhalb des zehnjährigen Grundsteuervergünstigungszeitraums ist eine Wiederholungsprüfung vorzunehmen.

2.83 Verfahren bei Widerruf

Der Widerruf der Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung erfolgt durch einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid. Dem zuständigen Belegenheitsfinanzamt, dem zuständigen Grundbuchamt sowie dem Gemeindesteueramt ist eine Abschrift des Widerrufsbescheides zu übersenden.

3 Grundsteuer- und Gerichtsgebührenvergünstigung

3.1 Anträge auf Grundsteuervergünstigung gemäß den §§ 92 bis 94a II. WoBauG sind vom Bauherrn bei dem für das Grundstück zuständigen Belegenheitsfinanzamt zu stellen.

3.2 Bei als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen dient der Anerkennungsbescheid zugleich als Bescheinigung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c des Gesetzes über Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne von Nummer 2.2.

Anträge auf Befreiung von den in der Kostenordnung bestimmten Gerichtsgebühren gemäß § 1 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau sind bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen.

4 Zweifelsfragen

4.1 Mitteilung durch die Anerkennungsbehörden

Erfahrungsgemäß werden sich auch künftig Zweifelsfragen bei der Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung ergeben. Die in § 4 Nr. 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten im Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen aufgeführten Behörden können sich bei Zweifelsfragen weiterhin unmittelbar an den Innenminister wenden. Die nach § 4 Nr. 2 der Verordnung über Zuständigkeiten im Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen zuständigen Anerkennungsbehörden wenden sich bei Zweifelsfragen an den zuständigen Oberkreisdirektor.

4.2 Unterrichtung über Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

Die Anerkennungsbehörden haben den Innenminister über grundsätzliche Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zu unterrichten und eine Abschrift des Urteils beizufügen.

5 Erläuterungen und Weisungen

Zu §§ 7, 9, 12, 82, 83 II. WoBauG

Verlust der Eigenschaften als Familienheim oder eigengenutzte Eigentumswohnung

Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn die Eigenschaft als Familienheim oder eigengenutzte Eigentumswohnung verloren geht und dadurch die zulässige Wohnfläche für sonstige Wohnungen überschritten wird. Hinsichtlich des Verlustes der genannten Eigenschaften ist Nummer 2 des RdErl. d. Innenministers v. 18. 11. 1971 (SMBI. NW. 641) zu beachten.

Zu §§ 9, 11, 82 II. WoBauG

Einliegerwohnung in einem Familienheim

Die zweite Wohnung eines Familienheims muß zum Bewohnen durch einen anderen als den Eigentümer und dessen Haushaltsangehörige bestimmt sein.

Wird sie nicht innerhalb einer angemessenen Frist – höchstens 6 Monate – seit Bezugsfertigstellung ihrer Bestimmung zugeführt, sondern zusammen mit der Hauptwohnung von dem Eigentümer benutzt, hängt die Anerkennung als steuerbegünstigt davon ab, daß die gesamte Wohnfläche innerhalb der durch § 82 II. WoBauG gesetzten Grenze für Familienheime mit einer Wohnung bleibt.

Entspricht die Ausstattung einer Einliegerwohnung nicht den Anforderungen des § 40 Abs. 2 II. WoBauG, ist sie nicht zur Führung eines eigenen Haushalts geeignet. In diesem Fall handelt es sich um ein Familienheim mit nur einer Wohnung (BVerwG, Urt. v. 26. 8. 1971, WM 1972 S. 66).

Zu §§ 12, 82 II. WoBauG

1. Bestimmung als eigengenutzte Eigentumswohnung

Wird ein Gebäude mit eigengenutzten Eigentumswohnungen errichtet, ist im Anerkennungsverfahren für die Steuervergünstigung die zulässige Wohnfläche für eigengenutzte Eigentumswohnungen maßgebend, wenn die Begründung von Wohnungseigentum von vornherein beabsichtigt war und das Wohnungseigentumsrecht bereits im Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit der Wohnungen durch Eintragung im Grundbuch entstanden ist oder der Antrag auf Eintragung des Wohnungseigentums vor Bezugsfertigstellung beim Grundbuchamt eingegangen ist (RdSchr. d. Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen v. 3. 12. 1971 – II A – 26 22 01 – 1).

2. Zweitwohnungen

Eine Wohnung in einem Eigenheim oder eine Eigentumswohnung kann auch dann als steuerbegünstigt anerkannt werden, wenn sie vom Eigentümer und seinen Angehörigen neben der Hauptwohnung regelmäßig über längere Zeiträume hinweg als Zweitwohnung zu Wohnzwecken genutzt wird, z. B. während der Ferien und an Feiertagen (BVerwG, Urt. v. 28. 8. 1971, ZMR 1972 S. 87).

Dies gilt nicht für Zweitwohnungen, die in ausgewiesenen Wochenendhausgebieten liegen (BVerwG, Urt. v. 14. 11. 1968, BBauBl. 1969 S. 288).

Zu §§ 17, 82 II. WoBauG

Wesentlicher Bauaufwand bei Aushau

Wesentlich ist der Bauaufwand bei Ausbau, wenn seine Kosten etwa ein Drittel des für eine vergleichbare Neubauwohnung erforderlichen Aufwands erreichen. Außer Betracht bleiben hierbei alle Aufwendungen, die als nicht umbaubedingte Instandsetzungen oder als Luxus außerhalb der Zweckbestimmung des § 17 Abs. 1 II. WoBauG liegen. Das gleiche gilt, wenn einzelne Umgestaltungen nur zur Erfüllung von Sonderwünschen vorgenommen werden, ohne den eigentlichen Ausbauzwecken Rechnung zu tragen (BVerwG, Urt. v. 26. 8. 1971, ZMR 1972 S. 87).

Zu § 82 II. WoBauG

Untervermietung einzelner Räume

Die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Inhaber der Wohnung einzelne Räume als möblierte oder unmöblierte

Zimmer zu Wohnzwecken vermietet bzw. untervermietet (BVerwG, Urt. v. 9. 9. 1963, NJW 1964 S. 419).

Zu §§ 82 II. WoBauG, 42 II. BV

Garagen

Garagen, die nicht auf demselben Grundstück wie die steuerbegünstigte Wohnung errichtet werden, können an der Steuervergünstigung für die Wohnung teilnehmen, wenn der Eigentümer der steuerbegünstigten Wohnung zugleich Eigentümer oder Miteigentümer des Garagengrundstücks ist oder eine ähnliche rechtliche Beziehung zwischen Wohn- und Garagengrundstück besteht (z. B. Grunddienstbarkeit, öffentlich-rechtliche Baulast) und die Garage eindeutig der steuerbegünstigten Wohnung zugeordnet ist, in einem dieser Zuordnung entsprechenden räumlichen Verhältnis zu der Wohnung steht und nach der Verkehrsauffassung als deren Zubehör angesehen wird (OVG Münster, Urt. v. 7. 6. 1971, II A 295/69, n. v.).

Zu § 83 Abs. 1 II. WoBauG

1. Antragsrecht des Ersterwerbers

Der Antrag auf Anerkennung kann auch von dem Ersterwerber eines Kaufeigenheims oder einer Kaufeigentumswohnung gestellt werden, wenn der Bauherr selbst die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung nicht beantragt hat, noch beantragen will.

2. Antragsrecht nach Verkauf der benutzten Wohnung

Der Bauherr kann den Antrag auf Anerkennung nicht mehr stellen, wenn das Eigentum an einer Wohnung auf einen anderen übergegangen ist. Dem Erwerber einer Wohnung, die nicht Kaufeigenheim oder Kaufeigentumswohnung im Sinne der §§ 9 Abs. 2 und 12 Abs. 2 II. WoBauG ist, steht kein Antragsrecht zu.

Zu § 83 II. WoBauG

1. Nachträgliche Anerkennung

Der Bauherr oder der Ersterwerber eines Kaufeigenheims oder einer Kaufeigentumswohnung kann den Antrag auf Anerkennung solange stellen, wie ein berechtigtes Interesse besteht, z. B. Grundsteuervergünstigung gemäß den §§ 92 bis 94 a II. WoBauG.

2. Kein Widerruf bei Verkauf

Die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung wirkt auch zugunsten des späteren Erwerbers, wenn dem Bauherrn eine Überschreitung der sich aus § 82 Abs. 1 II. WoBauG ergebenden Wohnflächengrenzen aus Gründen des § 82 Abs. 2 II. WoBauG zugestanden worden war und der Erwerber die Voraussetzungen für diese Überschreitung nicht erfüllt (OVG Münster, Urt. v. 31. 7. 1962, NJW 1962 S. 2173).

Zu § 83 Abs. 5 II. WoBauG

Wird eine Wohnung in einem Familienheim oder eine eigengenutzte Eigentumswohnung für mehr als fünf Jahre seit Bezugsfertigstellung nicht von dem Eigentümer oder seinen Angehörigen für eigene Wohnzwecke benutzt, ist die Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnung zu widerrufen, wenn die zulässige Wohnfläche für „andere Wohnungen“ überschritten wird (BVerwG, Urt. v. 12. 5. 1966, BBauBl. 1966 S. 558). Die Anerkennung ist auch zu widerrufen, wenn nach einer anfänglichen Eigennutzung der Wohnung innerhalb des Grundsteuervergünstigungszeitraums eine dauernde Fremdnutzung einsetzt (BVerwG, Urt. v. 12. 5. 1961, BBauBl. 1961 S. 491).

6 Aufhebung von Runderlassen

Folgende Runderlasse werden aufgehoben:

RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 27. 9. 1956, v. 8. 11. 1957 (n. v.) – III B 5 – 4.410 Tgb. Nr. 1209/57 –, v. 7. 1. 1958 (SMBL. NW. 2377) und v. 18. 5. 1960 (SMBL. NW. 611160); RdErl. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 26. 1. 1962, v. 30. 5. 1962, v. 6. 3. 1963, v. 10. 3. 1964 und v. 14. 9. 1964 (SMBL. NW. 2377); RdErl. d. Innenministers v. 9. 2. 1956 (SMBL. NW. 611160) und v. 20. 1. 1972 (SMBL. NW. 2377).

Antrag

Anlage 1

auf Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigt

(Anerkennungsbehörde)

nach den §§ 82 und 83 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz - II. WoBaG -) in der Fassung vom 1. September 1966 (BGBl. I S. 1618), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1993), aufgrund des Runderlasses des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. 2. 1973 - VI C 2 - 4.43 - 222/73 (MBI. NW. S. 466 / SMBl. NW. 2377).

1. Antragsteller:
(Name, Vorname, Firma)

Anschrift:

2. Lage des Bauvorhabens:
(Gemeinde, Straße, Hausnummer)

Gemarkung: **Flur:** **Flurstück:**

Wohnungs-/Erbbau-/Grundbuch*) von Blatt

3. Grundstückseigentümer/Erbbauberechtigter*) (Name, Vorname)

Anschrift:

4. Art des Bauvorhabens:

4.1 **Neubau / Wiederaufbau / Wiederherstellung / Ausbau / Erweiterung*)**

4.2 Wohngebäude / Geschäftsgebäude / gemischtgenutztes Gebäude / Familienheim i. S. des § 7 II. WoBauG*)

4.3 Anrechenbare Grundfläche aller Räume des Gebäudes – Wohnfläche und gewerblich genutzte Fläche – qm

davon Wohnfläche der öffentlich geförderten und als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen qm

5. Baugenehmigung wurde erteilt am.....Aktenzeichen/liegt noch nicht vor*)

6. Für die folgenden Wohnungen / Wohnräume*) wird die Anerkennung als steuerbegünstigt beantragt:

[illegible]

7. Die unter Nummer 6 lfd. Nr. aufgeführten Wohnungen sind eigengenutzte Eigentumswohnungen / Kaufeigentumswohnungen*).
8. Zu den unter Nummer 6 lfd. Nr. aufgeführten Wohnungen gehört jeweils eine Garage*).
9. Die über die zulässige Wohnfläche hinausgehende Mehrfläche der Wohnungen unter Nummer 6 lfd. Nr. ist
 - 9.1 zur angemessenen Unterbringung eines Haushalts mit mehr als 5 Personen erforderlich/
 - 9.2 zur angemessenen Berücksichtigung der persönlichen oder beruflichen Bedürfnisse des Wohnungsinhabers erforderlich/
 - 9.3 im Rahmen der örtlichen Bauplanung durch eine wirtschaftlich notwendige Grundrißgestaltung bedingt*).
10. Mir/Uns ist bekannt, daß
 - 10.1 bei der Annahme eines verlorenen Zuschusses eine Rückerstattungspflicht nach Art. VI des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. Juli 1961 (BGBl. I S. 1041), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 969) besteht,
 - 10.2 spätestens drei Monate nach Bezugsfertigstellung der Wohnung der Anerkennungsbehörde gegenüber der Nachweis zu erbringen ist, daß die Voraussetzungen, die zur Anerkennung der Wohnungen als steuerbegünstigte Wohnungen geführt haben, auch tatsächlich vorliegen,
 - 10.3 eine Vergrößerung der Wohnflächen, eine Änderung der Nutzung der Wohnungen zu anderen als Wohnzwecken oder bei Familienheimen eine bestimmungswidrige Nutzung unverzüglich der Anerkennungsbehörde anzuzeigen ist.
11. Diesem Antrag sind beigelegt:
 - 11.1 die genehmigten Baupläne im Maßstab 1:100 / die Bauzeichnung im Maßstab 1:100 mit Vorprüfvermerk der Baugenehmigungsbehörde*),
 - 11.2 die Berechnung der Wohnfläche — ggf. auch der Nutzfläche — des Bauvorhabens nach DIN 283,
 - 11.3 der Nachweis über die Bezugsfertigkeit der Wohnung(en) / wird noch erbracht*),
 - 11.4 die Anmeldebestätigung der Meldebehörde über die am Tage der Bezugsfertigstellung zum Haushalt des Wohnungsinhabers rechnenden Familienmitglieder / wird nach Bezugsfertigstellung noch vorgelegt*).

....., den
 (Ort) (Datum)

.....
 Unterschrift des / der Antragsteller (s)

*) Nichtzutreffendes streichen

....., den

(Anerkennungsbehörde)

Az.:

(Bei allen Eingaben anzugeben)

An

.....

(Antragsteller)

.....

.....

Bescheid

über die Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigt

nach den §§ 82 und 83 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz – II. WoBauG –) in der Fassung vom 1. September 1965 (BGBl. I S. 1618), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1993), aufgrund des Runderlasses des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. 2. 1973 – VI C 2 – 4.43 – 222/73 (MBI. NW. S. 466 / SMBl. NW. 2377).

Betr.: Antrag vom

1. Lage des Bauvorhabens:
(Gemeinde, Straße, Hausnummer)
Gemarkung Flur Flurstück
Wohnungs-/Erbbau-/Grundbuch*) von Blatt
2. Grundstückseigentümer / Erbbauberechtigter*)
(Name, Vorname)
Anschrift:
3. Art des Bauvorhabens:
 - 3.1 Neubau / Wiederaufbau / Wiederherstellung / Ausbau / Erweiterung*)
 - 3.2 Wohngebäude / Geschäftsgebäude / gemischtgenutztes Gebäude / Familienheim i. S. des § 7 II. WoBauG*)
4. Die Bauausführung erfolgt(e) nach der
am unter Aktenzeichen
erteilten Baugenehmigung / Bauzeichnung mit Vorprüfvermerk der Baugenehmigungsbehörde*)
5. Die Wohnungen sind am bezugsfertig geworden / befinden sich im Bau*)
6. Folgende neugeschaffene Wohnungen / Wohnräume werden*) als steuerbegünstigt nach den §§ 82 und 83 II. WoBauG anerkannt:

Stockwerk (r. – m. – l.)	Wohnfläche qm	Stockwerk (r. – m. – l.)	Wohnfläche qm	Stockwerk (r. – m. – l.)	Wohnfläche qm
1.		8.		15.	
2.		9.		16.	
3.		10.		17.	
4.		11.		18.	
5.		12.		19.	
6.		13.		20.	
7.		14.		21.	
qm insgesamt					

- 7.1 Zu den unter Nummer 6 lfd. Nr. aufgeführten Wohnungen gehört jeweils eine Garage.
- 7.2 Die unter Nummer 6 lfd. Nr. aufgeführten Wohnungen sind eigengenutzte Eigentumswohnungen / Kaufeigentumswohnungen*).
- 7.3 Bei der unter Nummer 6 lfd. Nr. aufgeführten Wohnung wird gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe a), b), c) *) II. WoBauG eine Mehrfläche von qm zugelassen.

7.4 Folgende Räume mit einer Wohn-/Nutzfläche*) von qm werden von der Anerkennung nicht erfaßt:

.....

.....

.....

8. Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c) des Gesetzes über Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau vom 30. Mai 1953 (BGBl. I S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 945), wird bescheinigt, daß die Wohnfläche der öffentlich geförderten und der als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen die sonstige Wohnfläche und die Nutzfläche der nicht zu Wohnzwecken bestimmten Räume des Bauvorhabens übersteigt**)

9. Auflagen:

- 9.1 Jede Vergrößerung der Wohnfläche, jede Änderung der Nutzung zu anderen als Wohnzwecken und bei Familienheimen jede bestimmungswidrige Nutzung ist der Anerkennungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
- 9.2 Anmeldebestätigung(en) der Meldebehörde über die am Tage der Bezugsfertigstellung zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehörenden Personen ist/sind unverzüglich vorzulegen*).
- 9.3 Der Nachweis über die Bezugsfertigstellung der Wohnungen ist unverzüglich zu erbringen*).
- 9.4 Innerhalb von 3 Monaten nach Bezugsfertigstellung ist der Nachweis zu erbringen, daß die als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen zweckbestimmt genutzt werden*).

10. Hinweise

- 10.1 Bei der Annahme eines verlorenen Zuschusses besteht eine Rückerstattungspflicht nach Artikel VI des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. Juli 1961 (BGBl. I S. 1041), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 969).
- 10.2 Der Anerkennungsbescheid wird widerrufen, wenn die Wohnungen nicht oder nicht mehr den Vorschriften des § 82 II. WoBauG über die zulässige Wohnfläche oder die zulässige Benutzung entsprechen.
- 10.3 Dieser Anerkennungsbescheid ist nach § 93 Abs. 2 II. WoBauG im Verfahren über die Gewährung der Grundsteuervergünstigung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht verbindlich und unterliegt nicht der Nachprüfung durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte.
- 10.4 Dieser Bescheid wird hinsichtlich der Steuervergünstigung erst wirksam, wenn er dem zuständigen Finanzamt vorgelegt wird.

11. Verwaltungsgebühr

Für die Anerkennung der vorstehend aufgeführten Wohnungen als steuerbegünstigt wird nach Tarifstelle 29.2 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 98 / SGV. NW. 2011) eine Verwaltungsgebühr von DM festgesetzt.**)

12. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei einzulegen.

Die Einlegung des Widerspruchs hat gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) hinsichtlich der Gebühren keine aufschiebende Wirkung.**)

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet.

(Siegel)

.....
(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen

**) Zu streichen, wenn ein gesonderter Gebührenbescheid erteilt wird.

Kontrolle**Anlage 3****über das Vorliegen der Voraussetzungen bei erteilten Anerkennungen als steuerbegünstigte Wohnung**

Aktenzeichen	a) Lage des Grundstücks b) Eigentümer des Grundstücks	Anerkennungs- scheid erteilt am	Geprüft nach erfolgter Bezugsfertig- stellung am	Wieder- holungs- prüfung am	Bemerkun- gen über evtl. Sonderprü- fungen oder Widerruf

II.

Ministerpräsident

Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

A. Großkreuz	Verleihungsdatum
Dr. Rainer Barzel, MdB, Bundesminister a. D., Paderborn	19. 1. 1973
Walter Scheel, MdB, Bundesminister des Auswärtigen, Bonn	19. 1. 1973
B. Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband	
Hans Katzer, MdB, Bundesminister a. D., Köln	19. 1. 1973
Herbert Kriedemann, Angestellter, Landwirt, Herne	22. 9. 1972
Dr.-Ing. e. h. Hans-Günther Sohl, Bergassessor a. D., Generaldirektor, Hubbelrath/Mettmann	19. 1. 1973
Willi Weyer, MdL, Innenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hagen/Westf.	5. 2. 1973
C. Großes Verdienstkreuz mit Stern	
Walter Bargatzky, Staatssekretär a. D., Bonn	19. 1. 1973
Karl Bergmann, ehem. Gewerkschaftssekretär, Essen	22. 9. 1972
Dr. Hendrik G. van Dam, Generalsekretär, Düsseldorf	19. 1. 1973
Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, Dortmund	19. 1. 1973
Lotte Lemke, ehem. Verbandsleiterin, Bonn	22. 9. 1972
Prof. Dr. Julius Speer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wachtberg-Pech	19. 1. 1973
D. Großes Verdienstkreuz	
Prof. Dr. Volker Aschoff, ordentl. Professor, Aachen	16. 10. 1972
Egon Bahr, MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben, Bonn	19. 1. 1973
Prof. Dr. Dr. E. h. Franz Broich, Generaldirektor, Marl/Westf.	2. 8. 1972
Diether Deneke, MdL, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bonn-Oberkassel	23. 10. 1972
Hans Dichgans, Jurist, Düsseldorf	22. 9. 1972
Dr. Wilhelm Ehmer, Verleger, Lüdenscheid	23. 10. 1972
Dr. Paul Frank, Staatssekretär, Bonn-Bad Godesberg	19. 1. 1973
Liselotte Funcke, MdB, Dipl.-Kfm., Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Hagen/Westf.	19. 1. 1973
Hans-Dietrich Genscher, MdB, Rechtsanwalt, Bundesminister des Inneren, Bonn	19. 1. 1973
Werner Haugg, Ministerialdirigent, Düsseldorf	9. 1. 1973
Arthur Killat, leitender Angestellter, Erkrath-Unterbach	22. 9. 1972
Dr. Gerhard Koch, Oberregierungsrat a. D., Bielefeld	22. 9. 1972
Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Wilhelm Reerink, ehem. geschäftsführender Direktor, Essen-Bredeney	23. 10. 1972
Dipl.-Kfm. Dr. Wilhelm Reinermann, ehem. Hauptgeschäftsführer, Düsseldorf	10. 8. 1972
Philipp Riederle, ehem. Geschäftsführer, Bonn-Bad Godesberg	2. 8. 1972
Dr. Heinz Schaaf, Fabrikdirektor, Witten	28. 11. 1972
Prof. Dr. Fritz Schalk, Professor em., Köln-Braunsfeld	28. 11. 1972
Dr. Rolf Schubert, Rechtsanwalt, Wachtberg-Niederbachem	2. 8. 1972
Dipl.-Kfm. Dr. Richard Schulte, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund	22. 9. 1972
Mathias Terhorst, Bergwerksdirektor a. D., Junkersdorf	22. 12. 1972
Heinz-Oskar Vetter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mülheim/Ruhr	19. 1. 1973
Dr. Otto Weidert, Verleger, Bonn	10. 8. 1972
Hans Wernery, Leitender Ministerialrat, Düsseldorf	7. 11. 1972
Wilhelm Wöste, Prälat, Köln	19. 1. 1973

Verleihungsdatum

E. Verdienstkreuz 1. Klasse

Richard Bacht, Kaufmann, Essen	28. 11. 1972
Bernhard Balkenhol, Einzelhandelskaufmann, Elpe über Bestwig	22. 9. 1972
Friedrich Becker, Gold- und Silberschmiedemeister, Düsseldorf	28. 11. 1972
Franz Berding, Hauptgeschäftsführer, Landesminister a. D., Münster (Westf.)	22. 9. 1972
Ulrich Berger, MdB, Stadttamtmann, Herne	22. 9. 1972
Karl Bewerunge, Landwirt, Heedfeld ü. Lüdenscheid	22. 9. 1972
Dr. Otto Boden, Chefarzt, Köln	30. 8. 1972
Betty Brandt, Fabrikantin, Hagen/Westf.	23. 10. 1972
Karl Braukmann, ehem. Vorstandssekretär der Abt. Bildung des DGB, Düsseldorf	30. 8. 1972
Heinrich Brocke, Volkshochschuldirektor a. D., Herten	23. 10. 1972
Kurt Brumme, Journalist, Lövenich	23. 1. 1973
Johannes Fischer, geschäftsführender Direktor, Krefeld	10. 8. 1972
Dr. Günther Förster, Oberfinanzpräsident, Münster/Westf.	22. 12. 1972
Monsignore Ägidius Fog, Direktor i. R., Aachen	10. 8. 1972
Walter Fritze, Leiter der Pressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf	19. 1. 1973
Wilhelm Generotzky, Stadtdirektor, Brackwede	13. 11. 1972
Josef Große-Katthöfer, Kreisdirektor a. D., Höxter	13. 11. 1972
Arnold Haupt, Finanzpräsident, Köln	23. 10. 1972
Dr. Günter Heidecke, Regierungspräsident, Köln	13. 11. 1972
Dr. August Höchtlen, Chemiker, Murnau (früher Bergisch Neukirchen)	22. 9. 1972
Gustav Hoffmeier, Knappschaftsältester, Ibbenbüren	16. 10. 1972
Dipl.-Berging. Arno Jochums, Fabrikant, Essen	28. 11. 1972
Bernard Kiltz, Rechtsanwalt, Düsseldorf	23. 10. 1972
Dr. Hans Kluck, Zahnarzt, Warendorf	28. 11. 1972
Prof. Dr. Richard Konetzke, Prof. em., Schleiden-Gemünd	28. 11. 1972
Eduard Lensing, Landwirt, Reeserward/Post Rees	22. 9. 1972
Karl Ley, Gärtnermeister, Meckenheim	23. 10. 1972
Werner Lipa, ehem. Arbeitsdirektor, Essen	23. 10. 1972
Dipl.-Ing. Hermann Malsy, Junkersdorf	16. 11. 1972
Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig, Staatssekretär, Rhöndorf	19. 1. 1973
Eberhard Freiherr von Medem, Ministerialdirigent, Bonn	22. 12. 1972
Heinrich Ludwig Melcher, Kaufmann, Krefeld	10. 8. 1972
Peter Mott, Landwirt, Uedem/Krs. Kleve	10. 8. 1972
Dr. Heinrich te Neues, Fabrikant, Kempen	10. 8. 1972
Prof. Dr. med. Josef Nöcker, Professor, Leverkusen	19. 1. 1973
Prof. Dr. phil. Friedrich Wilhelm Oediger, Ltd. Staatsarchivdirektor a. D., Meerbusch 1	13. 11. 1972
Fritzheinrich Pachnio, Geschäftsführer, Essen-Heisingen	22. 12. 1972
Heinz Pöhler, Redakteur, Mönchengladbach (jetzt: Gröbenzell)	22. 9. 1972
Heinrich Püschel, Pfarrer i. R., Köln-Langel	10. 8. 1972
Konsul Hermann Raths, Fabrikant, Düsseldorf	13. 11. 1972
Else Gräfin von Rittberg, Oberkirchenrätin, Bonn	19. 1. 1973
Josef Rommerskirchen, MdB, Publizist, Bonn	22. 9. 1972
Dr. Paul Erich Rosenberger, Werksarzt, Langenfeld/Rhld.	10. 8. 1972
Kurt Rosenkranz, Frieseurmeister, Hattingen	28. 11. 1972
Hans Scheele, Oberkreisdirektor, Rheda-Wiedenbrück	22. 12. 1972
Walter Schenk, Bevollmächtigter des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Sitz der Bundesregierung, Bad Honnef	19. 1. 1973
Heinz Stockheim, Kaufmann, Düsseldorf	13. 11. 1972
Dr. med. Bernhard Stolze, Oberstarzt, Bonn-Beuel	13. 11. 1972
Wilhelm Uber, Knappschaftsältester, Habbelrath ü. Horrem	16. 10. 1972
Oberbürgermeister Wilhelm Wachtendonk, Rentner, Mönchengladbach	23. 10. 1972
Prof. Dr. Heinz Weicker, o. Professor, Bonn-Duisdorf	28. 11. 1972

Verleihungsdatum

Dr.-Ing. Wilhelm Witter, ehem. Vorstandsvorsitzender der GAGFAH, Dortmund-Wellinghofen	30. 8. 1972
Johann Wolf, leitender Feuerwerker, Paderborn	10. 8. 1972
Rudolf Woller, Journalist, Wachtberg-Pech	19. 1. 1973
Dr. Theodor von Zezschwitz, Oberfinanzpräsident, Düsseldorf	13. 11. 1972

F. Verdienstkreuz am Bande

Johann Adamski, Knappschaftsältester, Herne	16. 10. 1972
Günther Albrecht, Kfm. Angestellter, Krefeld	23. 10. 1972
Willi Anton, Sparkassendirektor a. D., Hemer	2. 6. 1972
Edmund Becker, Rechtsanwalt und Notar, Dortmund-Syburg	4. 7. 1972
Kurt Becker, Fabrikant, Hagen	2. 8. 1972
Wilhelm Beine, Knappschaftsältester, Gelsenkirchen	16. 10. 1972
Fritz Berghaus, Pfarrer, Oberhausen	2. 8. 1972
Friedrich-Josef Beste, Rektor a. D., Bonn	21. 8. 1972
Helmut Bettmann, Geschäftsführer, Rheydt	2. 8. 1972
Josef Beule, Schmiedemeister, Fredeburg/Krs. Meschede	1. 2. 1972
Peter-Walter Blancke, Geschäftsführer, Bonn-Beuel	30. 10. 1972
Peter Bliersbach, Baudirektor, Ratheim/Krs. Erkelenz	6. 10. 1972
Hans Bosch, Dachdeckermeister, Mülheim-Speldorf	21. 8. 1972
Josef Braun, Landwirt, Kofeln	21. 8. 1972
Hedwig Brönstrup, Hausfrau, Leeden	22. 9. 1972
Hugo Buchholz, Rentner, Düsseldorf	6. 10. 1972
Johann Bucker, Versicherungsvertreter, Steinstraß	22. 9. 1972
Heinrich Burkamp, Schlossermeister, Heddinghausen	7. 12. 1972
Richard Cebulla, Kfm. Angestellter, Ramsdorf	23. 10. 1972
Bernhard Dalinghoff, Knappschaftsältester, Duisburg-Meiderich	16. 10. 1972
Ernst Dedert, Landwirt, Engershausen	9. 1. 1973
Josef Dirkes, Knappschaftsältester, Laggenbeck	16. 10. 1972
Hermann Emmerich, Rentner, Möllen	22. 9. 1972
Franz Euler, Dreher, Mülheim a. d. Ruhr	4. 7. 1972
Rudolf Faulstich, Rentner, Horn-Bad Meinberg	26. 6. 1972
Dr. Anton Feldenkirchen, Geschäftsführer des Kunstvereins Köln, Köln-Sülz	21. 8. 1972
Wilhelm Fenske, Kraftfahrer, Bork	28. 11. 1972
Dipl.-Kaufmann Gustav Fluhme, Kamen	4. 7. 1972
Constantin Frantzen, Landwirt, Ameln	16. 10. 1972
Eberhard Fries, Regierungsangestellter, Arnsberg	28. 11. 1972
Wilhelm von der Gathen, Knappschaftsältester, Essen	16. 10. 1972
Friedrich Gerold, Prokurist, Hemer	21. 8. 1972
Ludwig Gleumes, Landwirt, Kempen-Schmalbroich	16. 10. 1972
Kurt Josef Groten, Kaufmann, Krefeld	21. 7. 1972
Karl Grünwald, Rechtsanwalt und Notar, Siegen	13. 11. 1972
Georg Grünsfelder, Knappschaftsältester, Oberhausen-Osterfeld	16. 10. 1972
Therese Hanisch, Rektorin a. D., Düsseldorf	30. 11. 1972
Michael Hansen, Schreiner, Monheim-Baumberg	21. 8. 1972
Albert Haverkamp, Kaufmann, Emsdetten	6. 10. 1972
Reinhard Henrich, Kaufmann, Bonn-Beuel	4. 7. 1972
Kurt Hensche, Heimleiter, Wuppertal	6. 10. 1972
Erich Hessenauer, Geschäftsführender Gesellschafter, Korschenbroich-Herrenshoff	21. 8. 1972
Erich Hille, Verw.-Angestellter, Freudenberg	10. 8. 1972
Josef Hoff, Rentner, Münster/Westf.	30. 10. 1972
Heinz Hoffmann, Oberst a. D., Bergisch Neukirchen	6. 10. 1972
Karl Hombach, Maschinenbaumeister, Eitorf/Sieg	16. 10. 1972
Heinrich Hüffmeyer, Geschäftsführer, Lübbecke	7. 12. 1972

Verleihungsdatum

Ernst Hünefeld, Landwirt, Horn-Bad Meinberg	22. 9. 1972
Bruno Hundertmark, Rentner, Bochum	23. 10. 1972
Albert Huthmacher, Rentner, Bad Honnef	23. 10. 1972
Karl Ingenerf, Rektor, Hürth	22. 9. 1972
Walter Jakisch, Chorleiter, Gelsenkirchen-Buer	21. 8. 1972
Werner Jakob, Kraftfahrer, Hagen	16. 10. 1972
Friedrich Kammann, Angestellter, Lübbecke	7. 12. 1972
Bruno Käning, Bankangestellter, Essen	22. 9. 1972
Friedrich Kaiser, Rentner, Solingen	6. 10. 1972
Johann Kappe, Knappschaftsältester, Bochum-Langendreer	16. 10. 1972
Konrad Kasper, Knappschaftsältester, Wanne-Eickel	16. 10. 1972
Heinrich Kleinen, Rentner, Rurich	22. 9. 1972
August Kleinschmidt, Hauptlehrer a. D., Borchon	16. 10. 1972
Hans Kraatz, Räumarbeiter, Herdecke/Ruhr	23. 10. 1972
Walter Krämer, Steuerrat a. D., Münster/Westf.	6. 10. 1972
Margarethe Kreitz, Hausfrau, Alsdorf	4. 7. 1972
Paul Korbach, Handelsvertreter, Lemgo-Hörstmar	22. 9. 1972
Rudolf Küstner, Kfm. Angestellter, Neuss	23. 10. 1972
Fritz Kuhlmann, Volksschulrektor a. D., Hückelhoven	23. 10. 1972
Paul Landowski, Bergmann, Waltrop	23. 10. 1972
Otto Laustroer, Polizeiobermeister a. D., Wülfrath	30. 10. 1972
Carl Lauterbach, Kunstmaler, Düsseldorf	22. 9. 1972
Gustav Adolf Lehnert, Kriminalrat a. D., Essen-Bredeney	21. 7. 1972
Edeltraut von Lüttwitz, Hausfrau, Leverkusen	30. 10. 1972
Alfred Meier, Knappschaftsältester, Rheinkamp-Meerbeck	16. 10. 1972
Arnold Michels, Gewerkschaftssekretär, Düren	16. 10. 1972
Wilhelm Mouqué, Maschinenführer, Duisburg	2. 8. 1972
Herta Neuhaus, Hausfrau, Kettwig	4. 7. 1972
Hans Oppenberg, Buchbindermeister, Duisburg	6. 10. 1972
Josef Orgaß, Angestellter, Essen	30. 10. 1972
Hans-Louis Patt, Werkmeister, Hemer/Krs. Iserlohn	22. 9. 1972
Albert Pasterkamp, Klempner- u. Installateurmeister, Dorsten	2. 8. 1972
Hermann Peithmann, Bauer, Südhemmern	6. 10. 1972
Wilhelm Priß, Zimmermeister, Horn-Bad Meinberg	22. 9. 1972
Johannes Räder, Rentner, Hösel	21. 7. 1972
Grete Radtke, Hausfrau, Oberhausen	22. 9. 1972
Gustav Rehmsmeier, Landwirt, Horn-Bad Meinberg	6. 10. 1972
Paul Reuter, Rektor, Ruppichterorth-Winterscheid	23. 10. 1972
Hildegard Richter, Regierungsangestellte, Düsseldorf	6. 10. 1972
Balthasar Rohe, Kfm. Angestellter, Mannheim	16. 10. 1972
Gerd Ruge, Journalist, Bonn-Bad Godesberg	19. 1. 1973
Siegfried Reinhold Rummeld, Rechtsanwalt und Notar, Duisburg	16. 10. 1972
Adolf Selzer, Exportkaufmann, Bergisch Neukirchen	30. 10. 1972
Dr. rer. pol. Elisabeth Speicher, Rentnerin, Düsseldorf	22. 9. 1972
Wilhelm Sommer, Regierungsrat, Altenberge Krs. Steinfurt	6. 10. 1972
Willi Sommereisen, Verwaltungsdirektor a. D., Iserlohn	16. 10. 1972
Ernst Schenke, Schriftsteller, Recklinghausen	13. 11. 1972
Dr. Dieter Scheven, Leitender Ministerialrat, Düsseldorf-Benrath	15. 12. 1972
Otto Schlink, Geschäftsführer, Moers	13. 11. 1972
Dipl.-Ing. Richard Schrader, Unna	22. 9. 1972
Adolf Schulz, Bürodirektor, Hemer	21. 8. 1972
Peter Schumacher, Pfarrer i. R., Wulmeringhausen	21. 8. 1972
Friedrich Schüttenhassen, Verbandsdirektor, Solingen	2. 8. 1972
Wilhelm Schwier, Rentner, Holzhausen II	22. 9. 1972
Otto Stoye, Kaufmann, Köln-Dellbrück	16. 10. 1972

Verleihungsdatum

Friedrich Struck, Knappschaftsältester, Bergkirchen ü. Bad Oeynhausen	16. 10. 1972
Hermann Struckmeier, Steuerbevollmächtigter, Schnathorst	7. 12. 1972
Otto Thomas, Kraftfahrer, Münster/Westf.	16. 10. 1972
Karl Treseler, Polizeihauptmann a. D., Blasheim	9. 1. 1973
Heinrich Verfürden, Rentner, Essen-Karnap	28. 11. 1972
Ehrenfried Völker, Knappschaftsältester, Essen-Überruhr	16. 10. 1972
Heinz Theo Wenz, Rentner, Bonn-Bad Godesberg	6. 10. 1972
Ruth Werther, Hausfrau, Düsseldorf	23. 10. 1972
Dipl.-Kfm. Jakob Wetzels, Königswinter	2. 8. 1972
Georg Wießner, Rentner, Verl	16. 10. 1972
Joseph Winands, Hausverwalter, Düren	30. 10. 1972
Franz Würdehoff, Bundesbahnsekretär a. D., Salzkotten	30. 10. 1972
Alois Wortmann, Gold- u. Silberschmiedemeister, Rodenkirchen	16. 10. 1972
Lothar Zapfe, Direktor, Detmold	30. 1. 1973
Heinrich Zimmermann, Studiendirektor u. Dechant, Kamp-Lintfort	21. 8. 1972

G. Verdienstmedaille

Jakob Adels, Betriebsmeister, Düren	2. 6. 1972
Wilhelm Bauer, Werkzeugmacher, Bonn-Bad Godesberg	6. 10. 1972
Maria Becker, Sozialpädagogin, Köln-Merheim	22. 9. 1972
Maria Boltendahl, Hausgehilfin, Hattingen-Niederwenigern	21. 7. 1972
Franz Bolz, Glasschmelzer, Stolberg	2. 6. 1972
Albert Brake, Werkmeister, Hagen	21. 9. 1972
Eduard Breunig, Kfz.-Mechaniker, Neuss	21. 9. 1972
Kurt Budzan, Kraftfahrer, Düsseldorf	7. 12. 1972
Karl Bültemeier, Werkmeister, Brackwede	21. 9. 1972
Ewald Bunge, Werkmeister, Krefeld	21. 9. 1972
Wilhelm Busch, Fahrstuhlführer, Transporteur, Lemgo	21. 9. 1972
Leo Conradi, Handlungsbevollmächtigter, Köln	16. 11. 1972
Josef Corda, Krankenkassengeschäftsführer, Heinsberg-Oberbruch	21. 9. 1972
Heinrich Cornelissen, Rentner, Viersen 11	13. 11. 1972
Wilhelm Damann, Elektroschweißer, Bottrop	21. 9. 1972
Heinrich Degen, Prokurist, Köln-Sülz	6. 10. 1972
Aenne Dohmhöfer, Köchin, Wipperfürth	6. 10. 1972
Theodor Engstenberg, Kaltwalzer, Düsseldorf	6. 10. 1972
Friedrich Fängewisch, Diakon, Hüttental-Geisweid	23. 10. 1972
Albert Fecht, Rentner, Bonn	16. 10. 1972
Anna Fischer, Rentnerin, Düsseldorf	30. 10. 1972
Heinrich Fishediek, Obermeister, Bocholt	6. 10. 1972
Helmut Fleischhauer, Industriemeister, Bielefeld	21. 9. 1972
Hannelore Fordan, Sozialarbeiterin, Oberhausen/Rhld.	21. 7. 1972
Gerhard Foth, Rentner, Willich	22. 9. 1972
Agnes Fuchs, Krankenschwester, Engelskirchen	6. 10. 1972
Paul Funken, Kfm. Angestellter, Aachen	6. 10. 1972
Helmut Gast, Versicherungsangestellter, Köln	6. 10. 1972
Heinrich Gipsmans, Stanzmeister, Kevelaer	21. 9. 1972
Franz Göke, Prokurist, Nienberge	6. 10. 1972
Alfred Görlich, Seiler und Segelmachermeister, Duisburg-Neudorf	21. 9. 1972
Johann Albert Graßmann, Rentner, Wesseling-Berzdorf	22. 9. 1972
Wilhelm Grimm, Vorarbeiter, Bonn-Bad Godesberg	6. 10. 1972
Maria Grote, Regierungsangestellte, Münster/Westf.	21. 8. 1972
Wilhelm Handlos, Kfm. Angestellter, Düsseldorf-Benrath	30. 10. 1972
Anton Heinemann, Direktor, Bad Driburg	22. 9. 1972
Arthur Heinz, Oberschachtmeister, Dorsten	21. 9. 1972
Paul Hofmann, Justizangestellter, Düsseldorf	23. 10. 1972

Verleihungsdatum

Hans Hohlefelder, Prokurist, Bonn-Bad Godesberg	6. 10. 1972
Elisabeth Holzum, Fürsorgerin, Oberhausen	22. 9. 1972
Gertrud Hoppenkamp, Hausgehilfin, Rheydt	2. 8. 1972
Elise Imhof, Diakonisse, Krefeld	2. 8. 1972
Hermann Isenberg, Landarbeiter, Rietberg	2. 8. 1972
Elisabeth Jansen, Raumpflegerin, Essen	21. 9. 1972
Heino Janßen, Lehrer, Radevormwald	21. 7. 1972
Heinrich Jung, Büroleiter, Köln-Sülz	16. 11. 1972
Helene Kahlhöfer, Rentnerin, Wuppertal	6. 10. 1972
Hugo Kannapinn, Kfm. Angest., Essen	21. 9. 1972
Bernhard Keppeler, Fliesenleger, Wuppertal-Elberfeld	21. 8. 1972
Frieda Knoll, Hausfrau, Langenberg	21. 8. 1972
Hermann Knopnatel, Steuerhauptsekretär a. D., Brilon	28. 11. 1972
Adalbert Koblichke, Schneider, Brüggen	21. 9. 1972
Wilhelm Koch, Maschinenmeister, Höxter	21. 9. 1972
Eduard Köhn, Bilanzbuchhalter, Düsseldorf	6. 10. 1972
Rosa Kordes, Haushälterin, Münster/Westf.	6. 10. 1972
Peter Kox, Rentner, Bonn	16. 10. 1972
Ingeborg Krenz, Angestellte, Essen	16. 11. 1972
Franz Krischick, Commis, Monheim	21. 9. 1972
Josef Krischke, Verkäufer, Gräfelting (früher Bochum)	21. 9. 1972
Franz Kuchta, Werkstattsschreiber, Duisburg	21. 9. 1972
Jean Kurtenbach, Kfm. Angestellter, Köln	16. 11. 1972
Wilhelm Langert, Vorarbeiter, Steinhagen	6. 10. 1972
Martin Lenzen, Fakturist, Stolberg	2. 6. 1972
Wilhelm Löhr, Rentner, Düsseldorf	7. 12. 1972
Heinrich Lüghausen, Bauführer, Rösrath-Forstbach	6. 10. 1972
Albert Luttenberger, Rentner, Dortmund	21. 7. 1972
Otto Märker, Dekorateur, Köln-Klettenberg	6. 10. 1972
Kurt Markworth, Verwaltungsangestellter, Düsseldorf	13. 11. 1972
Willy Maubach, Papierschneider, Aachen	21. 9. 1972
Agnes Mees, Hausfrau, Essen	23. 10. 1972
Robert Merting, Rentner, Herford	6. 10. 1972
Leonhard Mück, Kaufmann, Köln-Merheim	13. 11. 1972
Emil Penk, Verkaufsleiter, Essen	21. 9. 1972
Karl Peters, Verwaltungsangestellter, Düsseldorf	23. 10. 1972
Hermann Plaum, Werkmeister, Remscheid	6. 10. 1972
Hans Pohl, Betriebsleiter, Siegburg	2. 6. 1972
Maria Pompino, Angestellte, Wuppertal	16. 11. 1972
Wilhelm Pott, Polsterer, Spenge	21. 9. 1972
Josef Prévot, Bibl.-Angestellter i. R., Bonn-Bad Godesberg	15. 12. 1972
Josef Ramisch, Rektor a. D., Tönisvorst	22. 9. 1972
Ludwig Recht, Verkaufsstellenleiter, Köln	6. 10. 1972
Johann Röhrig, Rentner, Köln-Holweide	16. 10. 1972
Kurt Römer, Orgelbauer, Bornheim-Widdig	6. 10. 1972
Josephine Spack, Haushälterin, Essen	16. 10. 1972
Maria Sulk, Fürsorgerin, Wuppertal	6. 10. 1972
Ferdinand Süper, Tischlergeselle, Essen-Frintrop	21. 9. 1972
Paul Scheeren, E-Schweißer, Eschweiler	2. 6. 1972
Karl Schmitz, Industriemeister, Köln-Sülz	21. 9. 1972
Heinrich Schoppe, Obermeister, Aachen	21. 9. 1972
Franz Schröder, Prokurist, Paderborn	21. 9. 1972
Emma Pauline Schubert, Rentnerin, Duisburg	2. 8. 1972
Wilhelm Schulte-johann, Malermeister, Hilstrup	21. 9. 1972
Theo Schüsseler, Kupferschmied, Düren	2. 6. 1972

	Verleihungsdatum
Franz Otto Schwertfeger, Posthauptsekretär a. D., Heessen	6. 10. 1972
Maria Stapel, Verwaltungsangestellte i. R., Lüdinghausen	13. 11. 1972
Käte Steneberg, Hausfrau, Detmold	21. 8. 1972
Jakob Streffer, Techn. Angestellter, Bonn-Bad Godesberg	6. 10. 1972
Hedwig Sturmberg, Zeitungsbotin, Recklinghausen	16. 11. 1972
Ernst Thoma, Tischler, Nörvenich	30. 10. 1972
Bernhard Thülig, Kalkulator, Essen	21. 9. 1972
Adolf Tillmann, Handformer, Rheydt	21. 9. 1972
Franz Welsch, Schreinermeister, Hennef	21. 9. 1972
Hermann Wenning, Kfm. Angestellter, Oberhausen	2. 8. 1972
Otto Wilke, Rangierer, Krefeld	21. 9. 1972
Johann Wilms, Rentner, Köln-Rheinkassel	13. 11. 1972
Viktor Wisianowsky, Drucker, Essen-Heidhausen	21. 9. 1972
Friedrich Wittenbrink, Tischlermeister, Gütersloh	21. 9. 1972
Paul Wittler, Prokurist, Steinhagen	21. 9. 1972

– MBl. NW. 1973 S. 474.

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,– DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.